

Niederschrift
über die gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit dem
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
am 13.09.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:40 Uhr

Anwesend für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

CDU

Herr Nicolai Adler
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck Stellv. Vorsitzender AfUK
Frau Sarah Leffers
Herr Sven Rörig

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dominic Hallau
Herr Paul John
Frau Romy Mamerow
Herr Dominik Schnell Vorsitzender AfUK

FDP

Herr Gregor Spalek

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Die Partei

Frau Leonie Bäumer Anwesend ab 16.25 Uhr

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Beratende Mitglieder

Herr Franz-Peter Diekmann
Herr Cemil Yildirim

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anja Dörrie-Sell

Verwaltung

Frau Ina Trüggelmann	Umweltamt
Frau Hanna Stemme	Umweltamt

Anwesend für den Stadtentwicklungsausschuss:CDU

Herr Marcel Kaldek
 Herr Dr. Simon Lange
 Herr André Langeworth
 Frau Tanja Orlowski

SPD

Herr Ulrich Gödde	
Herr Sven Rörig	Stellv. Vorsitzender StEA
Herr Frederik Suchla	
Herr Ole Heimbeck	

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dominic Hallau
 Frau Gudrun Henneke
 Herr Paul John
 Herr Thomas Krause

AfD

Herr Maximilian Kneller

Die Partei

Herr Bjarne Lange

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Andreas Bruder

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
 Herr Michael Gugat
 Herr Dietmar Krämer
 Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Franz-Peter Diekmann

Schriftführung

Frau Anita Lange

Von der Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Herr Olaf Lewald	Amt für Verkehr
Herr Lars Bielefeld	Bauamt
Herr Gerd Herjürgen	Bauamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Rörig begrüßt die Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die als Sondersitzung durchgeführt wird. Den Vorsitz übernimmt - in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - für diese Sondersitzung Herr Rörig als stellvertretender Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses. Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Herr Strothmann, lässt sich entschuldigen. Herr Rörig stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Lange wird als Schriftführerin für die Sitzung bestimmt. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses beschließen dies zunächst für den StEA einstimmig.

Herr Schnell begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz. Er stellt die fristgerechte Einladung zur Sitzung fest und lässt die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz Frau Lange als Schriftführerin ebenfalls für die gemeinsame Sitzung bestätigen.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold - Regionalplanentwurf 2023

Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur erneuten Auslegung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6526/2020-2025

Herr Bielefeld erläutert, dass der Regionalplan vom Regionalrat, eines Gremiums des Landes, aufgestellt werde. Die Überarbeitung des Regionalplanes laufe schon einige Zeit. Der Stadt sei im Rahmen des Überarbeitungsverfahrens Gelegenheit gegeben worden, Stellung zu nehmen. Bereits 2021 gab es ein Votum des Rates, wonach das Bauamt sodann Stellungnahmen zu den einzelnen Aspekten der Regionalplanungsbehörde abgegeben habe. Damals sei die Regionalplanungsbehörde den meisten Punkten des Bauamtes gefolgt. Der Regionalrat hat dann in der Folge noch einige Punkte geändert beschlossen, die dazu geführt haben, dass der Entwurf des Regionalplanes erneut ausgelegt werden musste. Die Regionalbehörde hat der Stadt Bielefeld jetzt Gelegenheit gegeben, zu dem geänderten Entwurf Stellung zu beziehen. In diesem Verfahrensstand befinde man sich jetzt. Das Bauamt hat sich bei der Vorbereitung der Stellungnahme weiterhin sehr eng an die Entscheidung des Rates gehalten. Es seien aktuell auch die Bezirksvertretungen nochmals angesprochen worden, die zu einzelnen Punkten Stellungnahmen abgegeben hätten.

Herr Bielefeld bezieht sodann Stellung zu den beiden „Aufregern“ im Regionalplan. Zum einen sei dies der Untersee, der im Regionalplan verzeichnet sei. Die Stadt Bielefeld hätte sich seinerzeit gegen den Untersee

ausgesprochen. Die Regionalplanungsbehörde sei dem auch gefolgt, jedoch hätte der Regionalrat eine andere Entscheidung getroffen und den Entwurf entsprechend zurückgeändert. Die jetzt vorbereitete Stellungnahme, der der Rat der Stadt noch zustimmen muss, spricht sich erneut gegen den Untersee aus. Denn man halte das Projekt auch weiterhin nicht für eine gute Idee, schon im Hinblick auf das bestehende Landschaftsschutzgebiet.

Bezüglich der Entwicklung der Stadt Bielefeld seien die allgemeinen Siedlungsbereiche noch nicht ausgeschöpft. Die Stadt Bielefeld hätte eine Perspektive vom Land bekommen, in welche Richtung die Stadt Bielefeld sich entwickeln könnte. Der Regionalplanentwurf weise der Stadt Bielefeld jährlich ca. 18 ha pro Jahr für Wohnbauflächen, Mischgebietsflächen, etc. aus, insgesamt 359 ha. Das sei zwar etwas weniger als ursprünglich geplant, sei jedoch ausreichend, um die Stadt zukunftsfähig auszustatten. Die Gewerbeflächen seien von 305 ha auf 250 ha reduziert worden, d.h. durchschnittlich könne die Stadt Bielefeld 14,2 ha Gewerbeflächen pro Jahr entwickeln. Da in der Vergangenheit regelmäßig deutlich weniger Fläche tatsächlich neu entwickelt worden sei, dürften auch diese Flächen grundsätzlich ausreichen.

Herr Adamski weist darauf hin, dass es schon ungewöhnlich sei, dass der Regionalrat beim Thema Untersee sowohl das Votum der lokalen Fachbehörden, als auch das Votum der Bezirksregierung und zudem auch den Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld, die allesamt einheitlich entschieden hätten, nicht umgesetzt habe. Auch in rechtlicher Hinsicht, im Hinblick auf die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes, sei die Planung des Regionalrates bedenklich. Man werde jetzt die Reaktion auf das neuerliche Votum der Stadt abwarten. Sollte dieses Votum weiter keine Berücksichtigung finden, werde man sich gegebenenfalls mit der Bezirksregierung abstimmen, ob von dort gegebenenfalls remonstriert werde.

Herr Dr. Lange stellt zunächst heraus, dass die Regionalplanung eine längerfristige Planung betreffe, die ausgerichtet sei durchaus auf Zeiträume von 20 oder 30 Jahren. Was bis dahin tatsächlich an Bedarf bestehe und umgesetzt werde, sei letztlich nur schwierig jetzt schon vorstellbar. Zu drei Punkten nimmt er sodann konkret Stellung: einerseits sei die ausgewiesene Fläche für den Wohnungsbau nicht ausreichend. In Bielefeld betrage die Leerstandsquote nur gut ein Prozent, das neu gebaute Studentenwohnheim sei sofort ausgebucht gewesen. Es bestehe also ein enormer Druck auf dem Wohnungsmarkt. Auch bei den Gewerbeflächen sei im vergangenen Jahr lediglich ein Gebiet entwickelt worden, es gebe andererseits 100 nachfragende Unternehmen. Der Bedarf an Gewerbeflächen sei damit enorm. Das spiegele die langfristige Planung nicht ausreichend wieder. In Bezug auf den Untersee könne nicht davon ausgegangen werden, dass dieser heute oder morgen gebaut werde. Bei der Regionalplanung gehe es aber darum, dass die Fläche offengehalten werde für die nächste und sogar übernächste Generation. Dieses Offenhalten für mögliche Planungen sei vernünftig. Der Beschluss des Regionalrates sei zudem ein demokratischer Prozess, den man akzeptieren sollte. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage daher insgesamt nicht folgen können, da sie wie in der Vergangenheit auch schon Punkte enthalte, die von seiner Fraktion wie eben dargestellt anders gesehen werden.

Herr Seifert stimmt den Ausführungen des Herrn Dr. Lange zu. Beim Siedlungsbereich müsse man bedenken, dass natürlich nicht alle Flächen bebaut würden. Man brauche aber die Flächen, um ausreichend Auswahlmöglichkeiten zu behalten. Im Hinblick auf die 14,2 ha Gewerbeflächen können entgegen den Ausführungen von Herrn Bielefeld nicht von „großzügig“ gesprochen werden. Es sei für die Stadt eine Katastrophe, dass aktuell so wenig Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden, dass über 90 Firmen hier nicht haben herkommen können. Insofern bestehe ein erheblicher Mangel. Bezüglich des Untersees gehe es, wie Herr Dr. Lange bereits gesagt habe, nur darum, die Fläche für eine mögliche künftige Planung offenzuhalten.

Herr John bringt seine Verärgerung zum Ausdruck darüber, dass die hiesigen gewählten Vertreter im Regionalrat anders abgestimmt hätten, als es dem mehrheitlichen Willen der Bielefelder Stadtgesellschaft entsprochen hätte. Mehrheitlich wolle die Bielefelder Stadtgesellschaft keinen Untersee und es wäre wichtig gewesen, den Erhalt der Johannisbachau auch im Regionalplan festzulegen. Ähnliche Differenzen gebe es auch beim Ortsentwicklungskonzept Babenhausen, bei dem die lokale Politik eindeutig entschieden habe, dass und welche Flächen aufgrund des Klimaschutzes nicht bebaut werden könnten. Gleichwohl würden gewisse Politiker in der Zeitung damit auftreten, dass man genau diese Gebiete als Gewerbefläche ausweisen könnte. Zu erwähnen sei auch die Bielefelder Lunge, unsere Grünzüge im Stadtgebiet, die essenziell wichtig seien. Man müsse mit dem Regionalplan die Chance nutzen, diesen Erhalt festzuschreiben. Insoweit bitte er die Verwaltung, sich für die Positionen der Bielefelder Stadtgesellschaft weiter nachdrücklich einzusetzen.

Herr Suchla bringt zum Ausdruck, dass seine Fraktion der Vorlage der Verwaltung folgen könne. Mit der Aufstellung des Regionalplanes sei es sicherlich nicht möglich, alle Einzelinteressen zu bedienen. Das, was die Verwaltung schon in der Vergangenheit und jetzt nochmals bekräftigend zum Ausdruck bringe, sei aber eine gute und ausgewogene Lösung. Es sei auch gut, dass noch mal die Rückmeldungen aus den Stadtbezirken eingeholt und so gut wie möglich berücksichtigt worden seien. Explizit spreche er insoweit die Haltepunkte bei dem Thema S-Bahn OWL nach Herford an.

Herr Adamski nimmt Bezug auf die Äußerungen von Herrn Dr. Lange und Herrn Seifert. Auch er begrüßt es, dass in den Blick genommen wird, dass der Regionalplan ein Instrument ist, mit dem an künftige Generationen gedacht wird. Deswegen halte er es allerdings, anders als Herr Seifert und Herr Dr. Lange, in Bezug auf den Untersee für wichtig, dass der Verzicht auf den Untersee und die Erhaltung der Fläche als Schutzgebiet mit Blick auf den Klimaschutz, den Naturschutz und die Erhaltung der Artenvielfalt für künftige Generationen gesichert werde. Es sei die Meinung der Fachleute weltweit, dass für den Erhalt der Artenvielfalt Räume geschützt werden müssen.

Frau Rammert kritisiert das Verhalten der CDU, die sich im Wahlkampf für die Belange der Heimat eingesetzt habe, jetzt aber mit der Zustimmung für den Bau der L712n und dem Abstimmungsverhalten im Regionalrat das ökologische Gefüge in Bielefeld vor Ort zerstöre. Es sei für sie auch nicht verständlich, wie man eine Wohnbebauung in der Johannes-

bachaue unterstützen könne, wenn man sich die auch aktuell gerade bestehende Überflutungssituation in der Johannesbachaue ansehe. Gerichtet an die FDP verstehe sie es überhaupt nicht, wenn von dort vorgebracht werde, dass die fehlenden Gewerbeflächen über den Untersee geschaffen werden könnten.

Herr Krämer merkt an, dass der Untersee, wenn er denn errichtet würde, keine Betonwanne sei und natürlich in ein Schutzkonzept integriert werden müsste. Wassertechnisch würde im Übrigen auch der Obersee von einem Untersee profitieren. Gerichtet an Herrn John störe es ihn, wenn dieser von der Stadtgesellschaft spreche, denn damit könne er nicht die gesamte Stadtgesellschaft angesprochen haben, sondern nur die grüne Stadtgesellschaft.

Frau Dorrie-Sell erläutert, dass sie für den Beirat für Behindertenfragen im AfUK und noch recht neu dabei sei. Nach Durcharbeiten der Pläne sei ihr aufgefallen, dass die Belange der Menschen mit Behinderung in den Plänen insgesamt nur sehr wenig Berücksichtigung fänden, etwa im Hinblick auf die Mobilität, die zuerst geplant werden müsste. Auch für die Menschen mit Behinderung seien aber die Maßnahmen für den Umweltschutz besonders wichtig. So sei saubere Luft für Menschen mit Atemwegserkrankungen essenziell, eine leise Umgebung für Menschen mit Hörbeeinträchtigung oder auch für Blinde.

Herr Bielefeld stellt nochmal klar, dass der Regionalplan lediglich einen sehr groben Rahmen für die künftige Entwicklung liefere. Er habe eine sehr große Flughöhe, werde im Maßstab 1:50.000 erstellt. Die Ausgestaltung und die konkrete Planung bleiben ausschließlich Aufgabe der Kommune. Der Regionalplan verpflichte damit die Stadt weder zum Bau eines Untersees noch zur Ausweisung irgendeines Gewerbegebietes. In der Vergangenheit sei der gegebene Rahmen regelmäßig nicht ausgeschöpft worden.

Herr Seifert stellt hinsichtlich Äußerung von Frau Rammert klar, dass er die Themen Untersee und fehlende Gewerbeflächen ausschließlich nacheinander angesprochen habe. Beide Themen hätten keine Verbindung, er habe sie nicht in einen Topf geworfen. Im Hinblick auf den Untersee betont er, dass die Schaffung eines Untersees nicht zugleich die Zerstörung der Natur bedeute. Es würden Biotope dadurch sicherlich verändert, aber auch ein Untersee würde Biotope beinhalten.

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden Beschluss

Beschluss:

1. **Die Ausführungen in der Begründung zur Beschlussvorlage werden zur Kenntnis genommen.**
2. **Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt, die als Anlage B beigefügte Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur erneuten Auslegung des Regionalplans OWL – Entwurf 2023 - an die Bezirksregierung zu übergeben.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz fasst folgenden

Beschluss:

1. **Die Ausführungen in der Begründung zur Beschlussvorlage v
nis genommen.**
2. **Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem R.
B beigefügte Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur erneuten
Regionalplans OWL – Entwurf 2023 - an die Bezirksregierung
beschließen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

gez. Rörig, Stellv. Vorsitzender StEA

gez. Lange, Schriftführung StEA

gez. Schnell, Vorsitzender AfUK